



Antrag

der Fraktionen von SPD und SSW

Pflege muss bezahlbar sein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen auf den Weg gebracht hat.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf,

- a) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Pflege-Eigenanteile gedeckelt werden,
- b) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Pflegeheimbewohnende von den Ausbildungskosten entlastet werden,
- c) für eine Übernahme der Investitionskosten in Einrichtungen der stationären Altenpflege zu sorgen,
- d) sich auf Bundesebene für eine finanzielle Stärkung der Pflegeversicherung und den Umbau in eine Bürgerversicherung einzusetzen.

Begründung:

Der Verband der Ersatzkassen Schleswig-Holstein vermeldet Anfang Februar 2025, dass die Gesamtzahlung für Bewohner:innen von stationären Pflegeheimen um 11 Prozent in 2024 weiter angestiegen ist und damit bei durchschnittlich bei 2.778 Euro pro Monat im ersten Jahr des Aufenthalts liegt. Vor allem steigende Personalkosten treiben die Kosten in die Höhe und ein Ende des Anstiegs ist nicht absehbar. Gute Pflege kostet Geld, aber trotzdem muss Pflege bezahlbar bleiben. Der Eigenanteil

muss dringendst gedeckelt werden. Dafür wäre es wichtig, dass die Pflegeheimbewohnenden nicht die Ausbildungskosten mitbezahlen. Dies muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. Außerdem sollen Pflegebedürftige nicht länger für Investitionen in die Einrichtungen bezahlen. Die Landesregierung soll hier ihrer Verpflichtung nachkommen und die Investitionskosten vollständig finanzieren.

Pflege gehört zur Daseinsvorsorge und wir brauchen eine echte Entlastung der Pflegeheimbewohnenden. Weitere Anstiege der Eigenanteile sind kaum zu stemmen. Für die Deckelung der Pflege-Eigenanteile ist es notwendig, die Pflegeversicherung nachhaltig finanziell zu stärken. Wir brauchen ein solidarisch finanziertes Pflegesystem, in dem alle einzahlen.

Birte Pauls
und Fraktion

Christian Dirschauer
und Fraktion